

Die AfD flirtet mit dem Vorbild Schweiz

Die deutschen Rechtspopulisten loben den kleinen Nachbarn. In einem Punkt liegen sie gar nicht so falsch

Simon Marti

Wer bei der Albigütli-Tagung praktisch zum Inventar gehört, ist wirklich angekommen. So gesehen ist Alice Weidel, Chefin der Alternative für Deutschland (AfD), erfolgreich in der Schweiz integriert. Letztes Jahr sass Weidel im Saal, als Christoph Blocher mit Mitte-links abrechnete. Die jüngste Auflage des SVP-Spektakels vergangene Woche verpasste die deutsche Politikerin zwar, sie wurde aber von ihrer Partnerin vertreten. Die Familie wohnt bekanntlich in Einsiedeln.

Weidels Absenz ist verständlich, es ist gerade viel los in Deutschland. Hunderttausende demonstrieren gegen rechts im Allgemeinen und Weidels Partei im Speziellen. Zuvor hatte ein Bericht des Recherchenetzwerks Correctiv ein Treffen in Potsdam publik gemacht, bei dem - neben

anderen Teilnehmern - Vertreter der AfD über die Ausschaffung und Vertreibung von Ausländern diskutierten.

Einmal mehr werweisen Politik und Medien in Deutschland über den Umgang mit den Rechtspopulisten. Über eine Partei, die sich oft auf die Schweiz, Weidels zweite Heimat, bezieht.

Mehr Schweiz wagen

Besonders laut tat dies Björn Höcke, Vorsitzender der AfD-Fraktion im ostdeutschen Bundesland Thüringen. Im Spätsommer 2023 diktiert er dem «Blick» im Interview: «Die Schweiz ist eines unserer Vorbilder.» Was Höcke, Galionsfigur der ganz Rechten in der Partei, damit meint? Die direkte Demokratie. Das Pochen auf Initiativen und Referenden gehört zum Standardrepertoire der AfD. Die Partei mag sich gehäutet haben, die

nationalistischen Kräfte mögen immer stärker geworden sein, in diesem Punkt ist die Position der AfD aber erstaunlich stabil.

So erklärte schon die damalige Parteichefin Frauke Petry 2016 in der «Sonntags-Zeitung», dass sie sich «mehr schweizerische Verhältnisse» in der deutschen Politik wünsche. Sie erhob die «Forderung nach direkter Demokratie nach Schweizer Modell» zum zentralen Anliegen der Partei. Petry ist längst in der politischen Versenkung verschwunden, geblieben ist der Ruf nach Volksabstimmungen, fix verankert im Grundsatzprogramm der AfD. «Das deutsche Volk ist ebenso mündig wie das der Schweizer, um ohne Einschränkung über jegliche Themen direkt abzustimmen», heisst es darin.

Zuletzt stellte die AfD-Bundestagsfraktion im vergangenen Mai vergeblich den Antrag, Volks-



Die Landsgemeinde in Appenzell Innerrhoden stimmt ab. (30. 4. 2023)

abstimmungen einzuführen. «Die hohe Akzeptanz von direktdemokratischen Instrumenten in der Bevölkerung und die positiven langjährigen Erfahrungen anderer Länder, wie etwa der Schweiz, sollten uns Mut machen, auch in Deutschland 80 Jahre nach dem

Ende des Zweiten Weltkrieges die Einführung von mehr direkter Demokratie zu wagen», so begründete die Fraktion ihren Vorschlag in Anlehnung an den ehemaligen SPD-Kanzler Willy Brandt. Ausgerechnet.

An dieser Position hält die AfD fest, wie die Pressestelle auf Nachfrage betont. Man sehe ja, wie die Ampelregierung, die Koalition aus SPD, Grünen und FDP, «unbeirrt gegen die deutliche Tendenz einer zunehmenden Ablehnung ihrer Politik» weiterhin Gesetze verabschiedet, schreibt sie. «Und dies können und werden sie auch weiterhin tun. Eben weil das Instrument von Volksabstimmungen auf Bundesebene fehlt.»

Über welche Themen die AfD gerne abstimmen würde, lässt sie auf Nachfrage offen. Weidel brachte in der «Financial Times» eine Abstimmung über den Verbleib der Bundesrepublik in der Europäischen Union ins Spiel. Also genau das, was den Briten ihren Brexit bescherte.

Was fehlt? Ein Ventil

Professor Marc Bühlmann lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bern und ist als Direktor von «Année politique Suisse», dem Jahrbuch der Schweizer Politik, ein profunder Kenner der direkten Demokratie im Land. Wohl auch deshalb hat die AfD bei ihm angeklopft. 2018 wollte deren Fraktion im baden-württembergischen Landtag den Schweizer Forscher für eine ganze Serie von Konferenzen zum Thema «freie direkte Demokratie» gewinnen.

Bühlmann lehnte die Einladung seinerzeit ab in der Sorge, was im Nachgang solcher Auftritte mit seinen Äusserungen angestellt werden könnte. «Man kann kaum kontrollieren, ob einzelne Aussagen aus ihrem Kontext genommen und anders dargestellt werden», sagt Bühlmann. Aber eigentlich hätte es ihn

durchaus gereizt, mit der AfD zu diskutieren, räumt er ein. Zumal er die Forderung nach einer Stärkung der Volksrechte im Nachbarland sehr gut nachvollziehen kann. «Das ist eine Urforderung von Populisten, linken und rechten», so Bühlmann. Schlimm sei daran erst einmal gar nichts. «Damit darf und soll man auch Politik machen», betont er. Nur weil einem der Absender, also in diesem Fall die AfD, nicht passe, heisse das eben nicht, dass das Anliegen kreuzfalsch sei.

Und auch wenn man SVP und AfD aufgrund von Programm und Geschichte nicht vergleichen könne, sei die Einbindung aller politischen Kräfte in der Schweiz letztlich geschickter. Bei dieser Integration, die Bühlmann skizziert, spielt die direkte Demokratie eine zentrale Rolle. Verschiedenste politische Strömungen können ihre Ideen eben nicht bloss äussern, sondern verfügen über institutionelle Kanäle, um ihre Anliegen in die politische Arena zu tragen, wo sie nicht länger ignoriert werden können.

Viele deutsche Bürgerinnen und Bürger wollten augenscheinlich etwas anderes als das, was die etablierten Parteien im Angebot hätten, fährt Bühlmann fort. Was fehlt, ist das politische Ventil der Volksabstimmung, mit dem der Kurs der Regierung auch einmal korrigiert und kritisiert werden kann. «Das macht die AfD auch für Menschen attraktiv, die inhaltlich gar nicht zwingend mit dieser Partei übereinstimmen», sagt der Politologe. Folgt man Bühlmann, ist also durchaus etwas dran an der Vorbildfunktion der Schweiz.

Sicher ist: Die Popularität der AfD ist ungebrochen. In Sachsen, wo in sieben Monaten gewählt wird, ist die AfD laut einer neuen Umfrage des Mitteldeutschen Rundfunks mit 35 Prozent stärkste Kraft. Auch in den Bundesländern Thüringen und Brandenburg, deren Bevölkerung ebenfalls im September zu den Urnen schreitet, schwingt die AfD in den Prognosen obenaus.

«Ich denke, dass Deutschland über kurz oder lang nicht darum herumkommt, direktdemokratische Elemente, wie sie manche Bundesländer heute schon kennen, zu stärken», sagt der Politologe Bühlmann. Das gelte im Grunde für sämtliche etablierten Demokratien. Lediglich alle vier Jahre an die Urne zu gehen und zu wählen, reiche vielen nicht mehr. Bühlmann: «Diese Stimmung einfach zu ignorieren, dürfte die Situation längerfristig kaum beruhigen.»



RENTE BEZIEHEN ODER KAPITAL FÜR SIE ARBEITEN LASSEN?

PRIVATE VERMÖGENSVERWALTUNG

Für ein selbstbestimmtes Leben:
swisslife-wealth.ch

Werbung für Finanzdienstleistungen

Scannen und mehr erfahren:



Classe politique

Viola Amherd, Skifan, muss leer schlucken. Obwohl die Schweiz sich gute Chancen ausgerechnet hatte, vergab das olympische Komitee die Winterspiele 2030 an Frankreich. Für den Heimatkanton der Sportministerin ein bitteres Déjà-vu: Er ist schon zum fünften Mal abgeblitzt. Damit nicht genug: Ein Leser der Zeitung «Le Nouvelliste» fand heraus, dass die Franzosen ihre Spiele ausgerechnet mit einem Bild aus dem Wallis bewerben, konkret aus dem Val d'Hérens. Wir nehmen's sportlich: Zumindest betreffend Schönheit gilt offenbar «Switzerland first».

Lukas Reimann, Bannerträger, erlebte an der Handball-EM in Deutschland Ungeheuerliches.



Viola Amherd **Lukas Reimann**

Sicherheitskräfte liessen den SVP-Nationalrat vor zwei Wochen in Berlin nicht ins Stadion. Der Grund: Er hatte eine zu grosse Schweizer Fahne dabei, wie der «Blick» berichtet. Ohne Flagge aber wollte der St. Galler das Spiel nicht besuchen. Immerhin zeigte sich die Nati unbeeindruckt: Sie spielte gegen die Franzosen auch ohne grosse Flagge unentschieden.